

Wenn Jugendhilfe nicht mehr hilft

Verwaltungshandeln bringt immer wieder Probleme mit sich – auch für Kinder, Jugendliche und Familien. Wenn in der Kinder- und Jugendhilfe etwas schief-läuft, wird das zum Fall für einen engagierten Verein.

VON JÖRG SCHURIG

DRESDEN – Eine junge Mutter bringt ihr Kind nicht mehr zur Kita. Die Erzieherinnen sind beunruhigt. Doch statt das mit einem Anruf bei der Frau zu klären, meldet sich die Kita in Sorge um das Kindeswohl beim Jugendamt. Das macht den Vorfall zum Fall. Das Amt spricht bei der Mutter vor. Die wiederum fühlt sich „angeschwärzt“ und ist besorgt, die Behörden könnten hinter ihrem Rücken etwas gegen sie unternehmen. Ein solches Missverständnis ist oft die Ausgangslage für ombudtschaftliches Arbeiten – so berichten es die Ombudsleute des KJRV, des Kinder- und Jugendhilfrechtsvereins. Dann ist guter Rat teuer. Die Dienste des Vereins sind freilich kostenlos.

Seit 2012 setzt sich der KJRV mit seiner Stelle für ombudtschaftliche

Beratung in Sachsen für die Rechte von Mädchen, Jungen und deren Familien ein. Die Ombudsleute informieren über Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Sie helfen, die Rechte Betroffener durchzusetzen, und vermitteln zudem in Konfliktsituationen. Mit sieben Beschäftigten und einem Dutzend Ehrenamtler in jedem der drei Standorte ist sie die größte in Deutschland. Inzwischen gibt es ein bundesweites Netzwerk. Der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe war 2001 die erste Fachstelle dieser Art.

Mit der jüngsten Novelle des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist ombudtschaftliche Arbeit nun eine Pflichtaufgabe der Kommunen und ihrer Jugendämter. Ulrike von Wölfel (40), Koordinatorin des KJRV für den Regierungsbezirk Dresden, hält die Begriffe Ombudsfrau oder Ombudsmann für zutreffend, auch wenn sie etwas antiquiert klingen: „Es gibt nichts, was unser Handeln besser ausdrückt“. Der Name stammt aus dem Altnordischen. Der Ombud regelte strittige Dinge zwischen Bürger und Königshaus: „Vorrangig geht es aber um Aufklärung, Mediation und Moderation, nicht um klassische Streitschlichtung.“

Dass man in einem Rechtsstaat durchaus einen Rechtshilfeverein braucht, hängt für den Chemnitzer Koordinator Jens Borrmann (56)

auch mit der Gewaltenteilung zusammen. Recht in Gesetze zu fassen und Recht durchzusetzen seien nun einmal verschiedene Dinge. Viele Bürger würden zwar über eine Art „Rechtsgefühl“ verfügen, nicht aber über ausreichend Rechtskenntnisse. Behörden wie das Jugendamt oder Sozialamt hätten zwar eine umfassende Pflicht zur Beratung. Mitunter gebe es dort jedoch die Haltung: „Wer nicht fragt, bekommt auch nichts.“ Borrmann kennt in Behörden auch sehr engagierte Mitarbeiter. Aber auch die würden häufig unter dem Druck der Stadtkämmerer stehen.

Ulrike von Wölfel

KJRV-Koordinatorin

FOTO: ROBERT MICHAEL/DPA



Von Wölfel und Borrmann hoffen, dass Ombudtschaft als Pflichtaufgabe die Lage Betroffener erleichtert. „Das ändert nicht die Haltung bei einigen Ämtern, aber womöglich den Zugang zu ihnen“, sagt Borrmann. Auch wenn in Familien oder bei Jugendlichen mal etwas schief laufe, hätten sie ein Recht auf ein faires Verfahren: „Sie müssen fair behandelt und über ihre Rechte aufge-

klärt werden. Das geschieht oft nicht.“ Ulrike von Wölfel spricht von einem „Machtungleichgewicht“: „Die Leute wenden sich in Krisensituationen an die Behörden und befinden sich allein dadurch in einer schwierigen Verfassung. Behörden haben Routine, insbesondere junge Leute haben sie nicht.“

Oft kommen Klienten des KJRV aus schwierigen sozialen Verhältnissen. Arbeitslosigkeit, Trennung der Eltern, Alkohol- oder Drogenmissbrauch haben sie aus der Bahn geworfen. In der Coronapandemie nahmen solche Fälle zu, berichten Sozialarbeiter. Manche jungen Leute gehen selbst zum Jugendamt und bitten um Hilfe, weil sie ihr bedrückendes Umfeld verlassen wollen. Dann hängt viel vom ersten Gespräch ab: „Meist haben sie schon eine Odyssee an Erfahrungen mit Ämtern hinter sich, sind dort mehrfach abgeblitzt. Viele reagieren dann mit Resignation und Rückzug“, erläutert Borrmann. Er stellt auch klar, dass seine Arbeit keine Einbahnstraße ist. „Wir sind keine Feuerlöscher. Wir ermutigen Leute, sich selber zu kümmern. Sie müssen selbst zu uns kommen.“ Beide Koordinatoren haben erlebt, dass ihre Klienten gestärkt aus solchen Prozessen hervorgehen. Ein kleiner Schritt, der ihnen auch im späteren Leben noch nützen könnte. | dpa